

Freitag, 15. Mai 2020 [Lokales Segeberg](#)

Strafanzeige erstatten oder nicht?

Protestaktionen von Klimaschützern sorgen für Kosten – Stadt will Politik entscheiden lassen

Von Thorsten Beck



Vor der jüngsten Sitzung der Stadtvertretung bemalten die Klimaschützer den Bereich vor dem Eingang zur Mehrzweckhalle.

Bad Segeberg. Die einen halten sie für politische Kunst, die anderen für bloße Schmierereien: die seit einiger Zeit meist mit Kreide auf Straßen aufbrachten Botschaften und Forderungen der Gruppe „Extinction Rebellion“. Vor der Sitzung der Stadtvertretung am Dienstagabend waren die selbst ernannten Klima-Schützer erneut aktiv. Vor dem Ein-

gang zur Mehrzweckhalle fanden sich erneut etliche ihrer Hinterlassenschaften.

Bei der Stadt Bad Segeberg ist man in dieser Sache jetzt aktiv geworden. Während der nächsten Sitzung der Stadtvertretung, die bereits am kommenden Dienstag um 18.30 Uhr an gleicher Stelle beginnt, sollen die Parteien auf Wunsch der Verwaltung darüber befinden, ob offiziell Anzeige erstattet werden soll.

„Im Stadtgebiet wurden bereits vor einigen Wochen auf öffentlichen Flächen und städtischen Grundstücken Sprühereien mit Wort- und Bildbeiträgen zum Klimaschutz mit haltbarer Kreide aufgebracht“, heißt es in der Vorlage zur Tagesordnung. Der städtische Bauhof habe diese entfernt. „Die Personal- und Sachkosten betragen rund 350 Euro.“

In dieser Woche habe es auf dem Gelände des Städtischen Gymnasiums an der Hamburger Straße erneut eine kleine Demonstration und weitere Malereien gegeben. Die Kosten für die Entfernung seien in diesem Fall noch nicht bekannt. Die Stadtvertretung werde aber um eine Entscheidung gebeten, wie künftig weiter vorgegangen werden soll.

Als erstes reagierte die Freie Wählergemeinschaft BBS auf das Anliegen: „Kreidesprühereien und andere Graffiti auf öffentlichen Flächen sind aus unserer Sicht nicht zu tolerieren“, stellte Fraktionsvorsitzender Jürgen Niemann klar. Gerade bei politischen Inhalten gelte es immer auch zu Bedenken, welche Gruppierungen sich derartiger Mittel gerade bedienen.

Warum sich die Stadtvertretung mit diesem Thema befassen soll, erschließe sich dem BBS allerdings nicht. Die Tagesordnung sei ohnehin mehr als gut gefüllt. Der Bürgermeister und die Stadtverwaltung verfügten über die notwendigen Befugnisse, hier tätig zu werden, meint Niemann. Man bitte einfach um eine Information über die ergriffenen Maßnahmen unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Bürgermeisters“.

Rein rechtlich ist die Lage nicht ganz einfach: Wie Sandra Firsching, Sprecherin der Polizeidirektion Bad Segeberg, gestern auf Anfrage der Segeberger Zeitung erklärte, liege nur dann eine Sachbeschädigung

vor, wenn auch tatsächlich ein Schaden entstanden ist – zum Beispiel am Untergrund. „Wenn Kreide rückstandslos zu entfernen ist, dann gehen wir nicht von einem solchen Tatbestand aus“, ergänzte die Sprecherin. Aktuell lägen der Polizei keine Anzeigen im Zusammenhang mit den Aktionen von „Extinction Rebellion“ vor.

Die Klimaschützer fordern seit Längerem bereits eine Sondersitzung der Stadtvertretung allein zu diesem Thema: Das „aktuell dringendste Problem“, nämlich der Klimawandel, habe zuletzt wieder nicht auf der Tagesordnung gestanden, monierte Pressesprecher Tom Wilderland. Die Gruppe warnt unermüdlich vor „Überflutungen, Dürren, Waldbränden, Stürmen, Missernten und Hunger“, wenn nicht schnell gehandelt werde. An der geforderten Sondersitzung sollten alle politischen Kräfte der Kreisstadt teilnehmen. Bislang sei man bei den Parteien mit dem Anliegen jedoch nicht durchgedrungen, bedauert Wilderland.

Nun hat es Extinction Rebellion auf die Tagesordnung der Stadtvertretung geschafft – allerdings anders als erhofft.